

Zeichen der Zeit : Reagans "drängende Wut"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **77 (1983)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Kirche ist unser Haus, das Haus der Armen. Wenn wir uns nicht mehr in Pfarrsälen und Kirchen treffen könnten, um über unsere Probleme zu reden und Lösungen zu suchen, wo sollten wir dann hingehen? Die Kirche muss unser Haus bleiben.»

Lieber Willy, ich hoffe, dass meine bruchstückhaften Erzählungen Dir et-

was von meinen Eindrücken vermitteln konnten. Gerade weil meine Erfahrungen mich wenig Positives für Chiles nächste Zukunft erwarten lassen, hoffe ich um so mehr, dass wir bei der Suche nach immer *neuen Wegen* der Solidarität mit diesem Volk weiter vorankommen.

Herzliche Grüsse
Dein Florian

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Reagans «drängende Wut»

Dass «die eigentlichen Rechtsbrecher und Chaoten diejenigen» sind, «die demnächst Pershing-2-Raketen stationieren wollen, und nicht diejenigen, die dieser Stationierung Widerstand leisten», dieser Satz in den letzten «Zeichen der Zeit» war kaum gedruckt, als er auch schon bestätigt wurde, wenn gleich auf einem ganz andern Schauplatz: Mit ihrer Invasion auf Grenada demonstrierte die amerikanische Regierung vor aller Welt, dass sie das Völkerrecht nur solange respektiert, als dieses ihren Interessen nützt.

Nachdem am 25. Oktober 2000 amerikanische Fallschirmjäger und weitere 300 Alibisoldaten «aus sechs karibischen Demokratien» (Reagan) das Eiland von der Grösse des Kantons Nidwalden gestürmt hatten, markierte selbst die NZZ Distanz zum amerikanischen Präsidenten: «Reagan hat mit seiner Präventivaktion, die ohne Zweifel ein Rechtsbruch ist, das Spiel jener Propaganda erleichtert, die ihn als 'schiesswütig' und als globales Sicherheitsrisiko hinstellt» (29./30. Oktober). Uns religiösen Sozialisten geht es bei dieser Kritik an der US-Regierung freilich nicht um Propaganda, sondern um bittere Wahrheit, und

auch nicht um Spiel, sondern um jenen Ernst, der allein der zunehmenden Bedrohung der Menschheit angemessen ist.

Das gebrochene Völkerrecht

Aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts klaubte Reagan das Argument hervor, die Invasion hätte dem Schutz der amerikanischen Staatsbürger auf Grenada gedient. Er sah dabei geflissentlich über das heutige Völkerrecht hinweg, das solche Selbsthilfeaktionen nicht mehr zulässt. Hinzu kommt, dass die Fakten die Behauptung des US-Präsidenten widerlegen. Keinem Amerikaner wurde auch nur ein Haar gekrümmt. Noch am Tage vor der Invasion konnten US-Bürger ungehindert aus Grenada ausreisen. Wenn etwas das Leben dieser Menschen gefährdete, dann war es der allés andere als «brillante Feldzug» (Reagan), bei dem die US-Truppen eigene Einheiten beschossen und erst noch eine psychiatrische Klinik bombardierten.

Gleichzeitig verkündete Reagan die ganz neue, dem geltenden Völkerrecht Hohn sprechende Doktrin, dass der bewaffnete Angriff auf ein anderes Land auch zur Wiederherstellung der «De-

mokratie» gerechtfertigt sei. Sogar die englische Premierministerin verwahrte sich gegen diesen Versuch, das völkerrechtliche Gewaltverbot ideologisch auszukernen: «Wenn man ein neues Recht proklamierte, wonach die Vereinigten Staaten in jedes Land einmarschieren sollen, wo gegen den Willen des Volkes eine kommunistische Regierung herrscht, dann würden wir in dieser Welt wirklich schreckliche Kriege haben» (NZZ vom 1. November). Wäre den USA an Demokratie in Lateinamerika gelegen, dann hätten sie in El Salvador, Guatemala, Chile, Uruguay und Paraguay genügend Gelegenheit, ihre demokratische Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Das Ergebnis der Grenada-Invasion wird denn auch nicht die Demokratisierung, sondern die Militarisierung dieser Insel sein.

Als Reagan sah, wie wenig er seinen Völkerrechtsbruch kaschieren konnte, trat er prompt in die «Afghanistan-Falle», indem er — wie die Sowjetunion nach ihrem Einmarsch in Afghanistan — argumentierte, er sei zu dieser Invasion «eingeladen» worden. In der Tat konnte er ein Beistandsgesuch von Grenadas Nachbarn «gegen die beispiellose Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region» präsentieren. Nur vergass der amerikanische Präsident zu erwähnen, dass seine eigene Regierung dieses Gesuch verfasst und sich selber «eingeladen» hatte. Von einer «beispiellosen Bedrohung» konnte um so weniger die Rede sein, als die 1100 angeblichen Elite-Soldaten aus Kuba sich zum grössten Teil als Bauarbeiter entpuppten. Die UNO-Charta lässt zwar zu, dass regionale Staatengruppen gegen ein Land vorgehen, das den Frieden gefährdet. Aber ganz davon abgesehen, dass eine solche Gefährdung auch nachweisbar sein müsste, dürften derartige Sanktionen nur im Einvernehmen mit dem Sicherheitsrat ergriffen werden (Art. 53 der Charta).

Gewiss war die Legitimität des Revolutionsrates nach dem Sturz und der Ermordung des beliebten Premierministers Maurice Bishop und nach dem Blutbad, das die «Revolutionäre Volksarmee» am 19. Oktober unter der Bevölkerung angerichtet hatte, mehr als zweifelhaft. In Situationen, wo ein Regime das eigene Volk an Leib und Leben bedroht, kann jedoch nicht irgendein Staat den Welt-polizisten spielen, schon gar nicht die moralisch kompromittierte Administration des Herrn Reagan. Wer einem gefährdeten Volk wirklich uneigennützig zu Hilfe eilen will, der beruft sich nicht auf das anarchische Faustrecht, sondern wendet sich an den Sicherheitsrat, der heute allein befugt wäre, das alte Rechtsinstitut der «intervention d'humanité» wiederaufleben zu lassen.

Reagan als Sicherheitsrisiko

Reagan hat nie gelernt, dass Führungskraft mehr mit politischer Moral als mit Drohgebärden zu tun hat. Nach dem Anschlag in Beirut, dem mehr als 200 amerikanische Soldaten zum Opfer fielen, wollte er nicht länger als Führungschwacher Zauderer erscheinen. Was lag daher näher, als den ebenso sicheren wie billigen Sieg über Grenada zu suchen? Die fehlende Führungskraft wurde durch diese groteske Ersatzhandlung gegenüber einem Zwergstaat kompensiert. 1984 ist in den USA schliesslich ein Wahljahr.

Der Hasardeur, der aus wahlpolitischen Gründen das Völkerrecht bricht und den Frieden gefährdet, ist nun allerdings ein Sicherheitsrisiko. Nach Grenada sollte auch der letzte Europäer wissen, wem er sich ausliefert, wenn demnächst die Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden. Selbst der konservative britische Abgeordnete Enoch Powell hat im Unterhaus gewarnt: «Wer jetzt noch glaubt, vor einem Abschluss dieser Waffen konsultiert zu werden, lebt in einem Wolkenkuckucksheim.»

«Urgent Fury» hiess das Codewort für die Invasion auf Grenada. «Drängende Wut» hat Reagan in der Tat um Vernunft und Augenmass gebracht. Er steht heute als Rechtsbrecher da, der nicht mehr die Achtung, sondern die

Ächtung der Weltöffentlichkeit verdient. Als Präsident der USA ist er seinem Land und der Völkergemeinschaft nur noch den einen Dienst schuldig, dass er geht.

Aus befreundeten Vereinigungen

60 Jahre CFD — eine Standortbestimmung

Die Anfänge

Bei der Entstehung des Internationalen CFD im Jahre 1923 stand das Anliegen der Versöhnung der westeuropäischen Völker im Vordergrund. Die Ausbreitung des Nationalsozialismus, die schliesslich in den Zweiten Weltkrieg führte, machte der ersten CFD-Generation bewusst, dass der Friedensauftrag des Christen nicht ohne politische Mitverantwortung zu erfüllen ist:

«Unsere wachsende und bewusste Mitverantwortung ist ein wachsender Garant für den Frieden» (Gertrud Kurz).

Unfriede und Krieg wurden damit als Folgen ungerechter Verhältnisse erkannt und die Aufgabe eines christlichen Friedensdienstes im Nachkriegseuropa im Erkennen und der Bekämpfung dieser Ursachen gesehen:

«Friede ist nicht nur eine Frucht der Liebe, sondern auch der Wahrheit und der Gerechtigkeit» (Gertrud Kurz).

Neben dem Bemühen um die Opfer von Unrecht und Gewalt stand deshalb seit dem Zweiten Weltkrieg auch der politische Einsatz zur Bekämpfung ungerechter Verhältnisse:

«Da diese Nöte immer aus einem Unrecht entstanden sind, ging neben dem Wunsch, den Geächteten zu helfen, auch immer die Hoffnung einher, die Ursachen der Not bekämpfen zu können» (Gertrud Kurz).

Dies sollte durch einen entschiedenen und von Ängstlichkeit freien Einsatz geschehen:

«Als ich gefragt wurde, was der Sinn unseres Christlichen Friedensdienstes sei, konnte ich mit neugestärkter Überzeugung antworten, dass wir uns mit den Christen aus allen Ländern zusam-

mentun, die versuchen, ihre Lauheit und Ängstlichkeit abzulegen und mit ihrem Christentum ernst zu machen, auch in den sozialen und politischen Fragen — und dadurch auch in der Frage 'Krieg und Frieden'» (Gertrud Kurz).

Entwicklungen und Wandlungen

Für den Schweizer Zweig des CFD hat sich das grundsätzliche Verständnis des **Auftrags** nicht geändert: die Orientierung am biblischen Schalom in seinem umfassenden Sinn* und die Verbindung von karitativer und politischer Arbeit. Dies kommt auch in der Neuformulierung der CFD-Erklärung zum Ausdruck:

«Von der Botschaft des Evangeliums her auf eine Gesellschaft hinarbeiten, in der Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden herrschen» — «Friedensarbeit in der Verbindung von praktischer Hilfstätigkeit für die Opfer von Konflikten mit Informations- und Bildungsarbeit in der Schweiz.»

Tiefgreifend haben sich aber die Situation, in der sich dieser Auftrag zu vollziehen hat, und die damit verbundenen Herausforderungen gewandelt: Die wissenschaftlich-technische Entwicklung bis hin zur Kernspaltung hat die Welt radikal verändert und globale Katastrophen aufziehen lassen, die in der Dritten Welt bereits in vollem Gange sind. Nicht verändert hat sich dagegen in dieser Entwicklung menschliches Denken, das nach wie vor an die organisierte Gewalt als unverzichtbares Instrument zur Aufrechterhaltung des Staates und zur Regulierung zwischenmenschlicher Beziehungen glaubt.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung hat sich auch das **Friedensverständnis** verändert. Dies bedingte wiederum eine **Wandlung der Arbeitsformen und Schwerpunkte** unserer Tätigkeit.

Zur Situation von heute

Friede ist heute zur Überlebensfrage der Menschheit geworden: Friede muss ein anderes Wort für Leben werden. Unsere Generation steht vor der Friedens-Aufgabe, Leben generell zu erhalten und sich darum gegen ein Denken zur Wehr setzen, das Schöpfung in ihren Zusammenhängen missachtet und ein Tötungs- und Vernichtungspotential aufgebaut hat, das Leben als solches auszulöschen vermag.

Schalom: Entfaltungsmöglichkeit und Wohlergehen des einzelnen und der Gemeinschaft; Recht auf ein ganzheitliches und menschenwürdiges Leben für alle; ein Frieden, der auf Gerechtigkeit beruht; ausgleichender Anteil aller an den Gütern dieser Erde und verantwortlicher Umgang mit ihnen.